

MOTRA 01/24 SPOTLIGHT

**Aktuelle Befunde aus dem
„Kommunalen Monitoring“
Frühjahrsbefragung 2023**

Lara Simon, Sarah Bitschnau, Kirsten Eberspach, Uwe Kemmesies
Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA

Simon, L., Bitschnau, S., Eberspach, K., Kemmesies, U. (2024):
Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Frühjahrsbefragung 2023.
MOTRA-Spotlight 01/24. Hrsg. von: MOTRA-Verbund Wiesbaden.

<https://doi.org/10.57671/motra-2024001>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Frühjahrsbefragung 2023

Einleitung

Seit 2021 werden (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen im Rahmen des 'Kommunalen Monitoring (KoMo)' zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt gegen ihre Person im Amtsalltag befragt. Der Fokus liegt dabei auf dem individuellen Erleben und Wahrnehmen von feindseligen Äußerungen und Angriffen. Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts führt das Monitoring gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) im Rahmen des Verbundprojektes MOTRA durch. Hierbei handelt es sich um

eine längsschnittlich (6-Monat Turnus) angelegte bundesweite Online-Befragung aller kommunalpolitischen Amtsträger*innen. Das Hauptziel der Untersuchung besteht darin, die gegenwärtigen Vorkommnisse von Anfeindungen gegen Amtsträger*innen in Deutschland umfassend zu erfassen und darzustellen sowie den (Nicht-) Betroffenen eine Plattform zu bieten, um sich mitzuteilen und entsprechend das Gefühl zu vermitteln, gehört und wahrgenommen zu werden. Die in diesem Spotlight aufgeführten Ergebnisse beruhen auf der Frühjahrsbefragung '23 (Referenzzeitraum: November '22 – April '23).

Wer hat teilgenommen?

Die Grundgesamtheit umfasst alle kommunalen Landrät*innen und (Ober-)Bürgermeister*innen in Deutschland. Diese sind auf circa 11.000 Kommunen verteilt, darunter 294 Landkreise, 106 kreisfreie Städte und mehr als 10.900 kreisangehörige Städte. Die Befragung erstreckt sich sowohl auf Haupt- als auch auf Ehrenämter. Im Frühjahr 2023 nahmen deutschlandweit 1.739 Amtsträger*innen an der Befragung teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote von etwa 16% bei etwa 11.000 kontaktierten Personen. Der Wert ist nahezu identisch

mit dem der vorherigen Herbstumfrage '22 (n = 1.750). Um ein möglichst repräsentatives Gesamtbild zu erstellen, wurden die Daten entsprechend der Gemeindezahl pro Bundesland gewichtet.

Mit Blick auf das Alter geht aus Abbildung 1 hervor, dass Amtsträger*innen zwischen 51 und 60 Jahren am stärksten vertreten sind (40%), gefolgt von den Altersgruppen 41–50 Jahren (22%) und 61 bis 65 Jahren (16%). Hinsichtlich des Geschlechts gaben die Teilnehmer*innen mit 82% mehrheitlich an, männlich zu sein, während nur

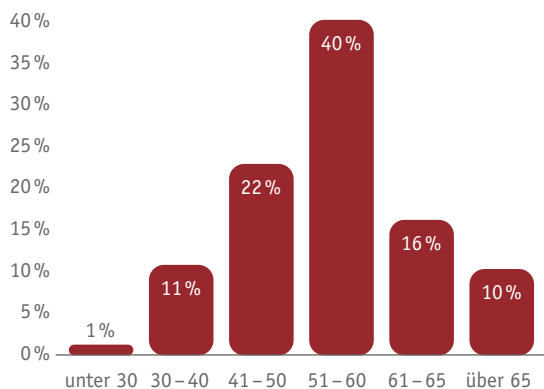


Abbildung 1: Alter der Befragten

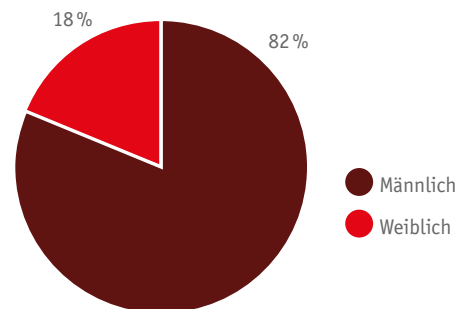


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten

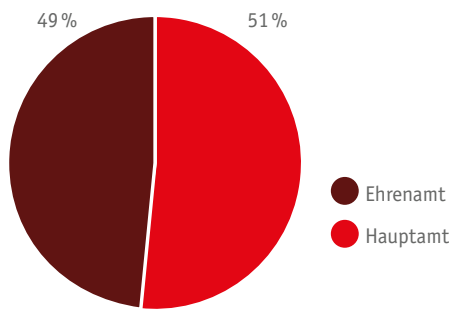


Abbildung 3: Funktion der Befragten

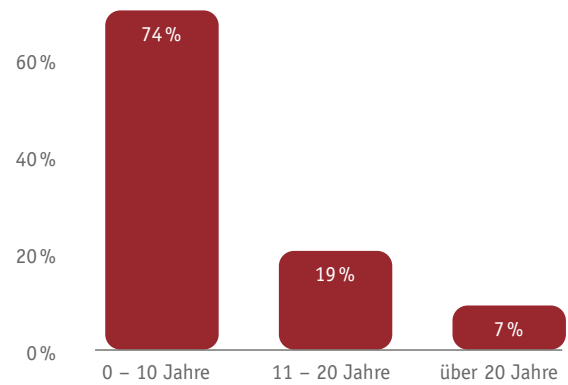


Abbildung 4: Amtszeitdauer der Befragten

12% angaben, weiblich zu sein (vgl. Abb. 2). Bezüglich der Amtszeitdauer sind ein Großteil der Befragten seit 0–10 Jahren in ihrem Amt tätig (74%), während nur 7% seit mehr als 20 Jahren in ihrem Amt arbeiten (vgl. Abb. 4). Es nahmen etwa gleichermaßen Teilnehmer*innen aus Haupt- und Ehrenämtern teil (vgl. Abb. 3).

Was wurde wie erlebt?

a) Soziale Medien und Einschätzung des Diskussionsklimas

Nahezu 70% der befragten Amtsträger*innen gaben an, im Zeitraum vom 01.11.2022 bis 30.04.2023 soziale Medien regelmäßig (oft, häufig oder täglich) für ihre beruflichen und politischen Anliegen genutzt zu haben. Wie in Abbildung 5 dargestellt, zeigt sich eine deutliche Tendenz zur aktiven Nutzung bei den Befragten zwischen 30 und 40 Jahren, von denen 81% angaben, soziale Medien oft, häufig oder täglich zu nutzen.

Wie Abbildung 6 illustriert, wird das aktuelle Diskussionsklima zu politischen Themen in den sozialen Medien von den Befragten als emotional, aggressiv, intolerant, destruktiv, undemokratisch, respektlos und ideologisch geprägt wahrgenommen. Somit wird das aktuelle Diskussionsklima zu politischen Themen in den sozialen Medien im Durchschnitt als eher verrohrt eingeschätzt. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass vor allem Frauen das aktuelle Diskussionsklima in den sozialen Medien signifikant als verrohrt wahrnehmen im Vergleich zu Männern.

Über das Diskussionsklima in den sozialen Medien hinausgehend, wurde in dieser Erhebungswelle auch nach der Wahrnehmung des allgemeinen gesellschaftlichen Klimas gefragt. Wie Abbildung 7 veranschaulicht, wird dieses auf einer Skala von 1 (respektlos) bis 7 (respektvoll) bewertet. Hierbei zeigt sich, dass Frauen

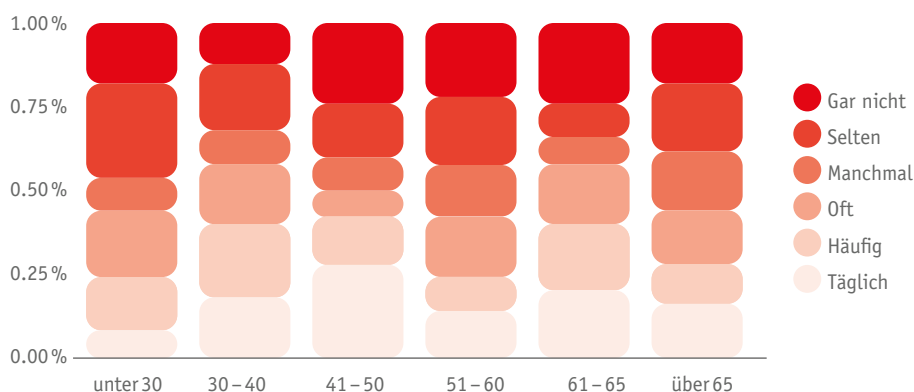


Abbildung 5: Nutzung sozialer Medien nach Altersgruppen

Wie schätzen Sie das aktuelle Diskussionsklima in den sozialen Medien ein

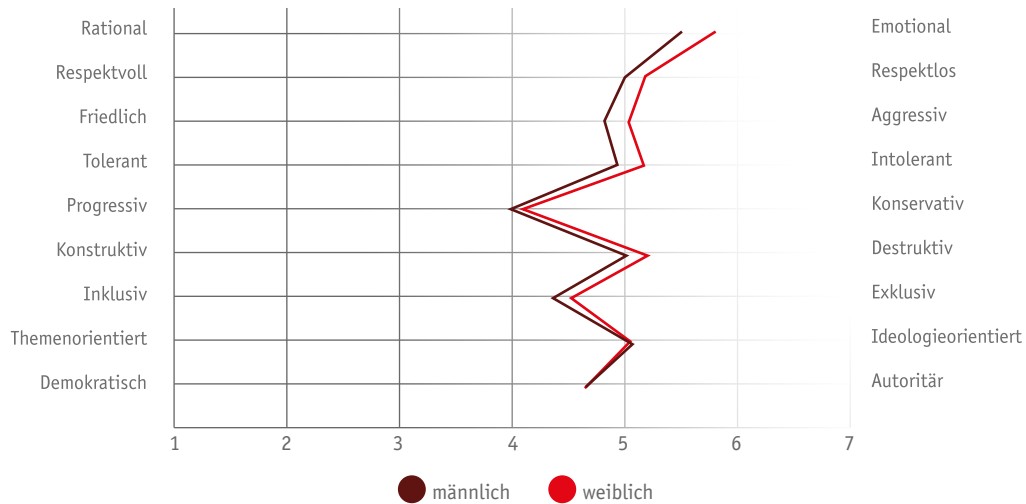


Abbildung 6: Einschätzung des aktuellen Diskussionsklimas zu politischen Themen in den sozialen Medien nach Geschlecht

die Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas durchgehend als signifikant schlechter bewerten im Vergleich zu Männern: Die Befragten nehmen wahr, dass sich das gesellschaftliche Klima in Deutschland in den letzten 5 Jahren respektloser entwickelt hat (Männer: 1,84; Frauen: 1,75). Obwohl das gesellschaftliche Klima in den Kommunen (Männer: 2,98; Frauen: 2,77) und gegenüber kommunalen Ämtern und Mandaten (Männer: 2,46; Frauen: 2,31) etwas besser bewertet wird, wird es dennoch im Vergleich zu vor 5 Jahren als weniger respektvoll wahrgenommen.

b) Hass und Hetze: Erfahrungen aus dem analogen und digitalen Raum

Im Zeitraum November 2022 bis April 2023 gab mehr als ein Drittel der Befragten (38%) an, von verbalen/schriftlichen Anfeindungen, tätlichen Übergriffen und/oder Hasspostings im Internet betroffen gewesen zu sein. Im Vergleich zur Vorperiode Mai bis Oktober 2022 ist deutschlandweit ein Rückgang dieses Anteils um 1% zu verzeichnen.

Eine genauere Betrachtung der Angriffsformen in Abbildung 8 zeigt, dass 74% der Betroffenen von verbalen oder schriftlichen

Inwiefern hat sich das gesellschaftliche Klima Ihrer Wahrnehmung nach in den letzten 5 Jahren verändert?

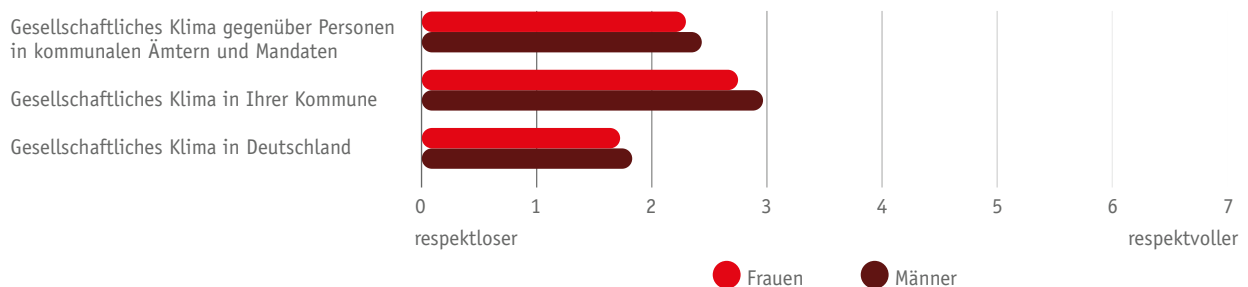


Abbildung 7: Einschätzung des gesellschaftlichen Klimas in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht

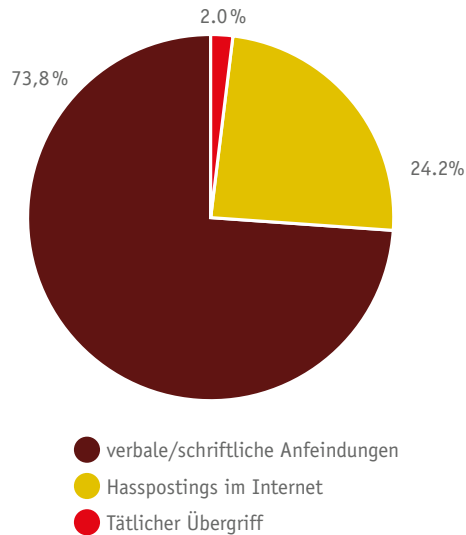


Abbildung 8: Anfeindungskategorien der erlebten Vorfälle

Angriffen berichten. 24% haben Hasspostings im Internet erlebt und 2% sprechen von tätlichen Übergriffen im Rahmen von Sachbeschädigung oder Körperverletzung. Hasspostings kommen mit durchschnittlich 1–2 Vorfällen pro Monat etwas häufiger vor als verbale und schriftliche Anfeindungen und tätliche Angriffe. Die jüngsten Vorfälle zeigen, dass diese mehrheitlich in Form von Verleumdung/übler Nachrede (44%), Beleidigung (38%) und Bedrohung/Nötigung (10%) stattfanden. Fast ausschließlich Männer berichten von tätlichen Übergriffen, darunter Volksverhetzung, Stalking/Nachstellung, Diskriminierung, Sachbeschädigung, soziale Ausgrenzung und Erpressung.

Weitere Analysen zeigen, dass Frauen (36%) und Männer (38%) nahezu gleichermaßen von Anfeindungen betroffen sind. Darüber hinaus bezog sich der letzte Vorfall in 92% der Fälle auf die Position des Amtsträgers bzw. der Amtsträgerin und in 6% der Fälle auf die Person selbst im Sinne von Hasskriminalität. 2% der teilnehmenden Amtsträger*innen gaben an, dass sich der letzte Vorfall gegen ihre eigenen Familienangehörigen gerichtet hat.

Bei einem Vergleich der Tätigkeitsformen zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen Haupt- und Ehrenämtern. Amtsträger*innen in hauptamtlichen Positionen (44%) sind eher Anfeindungen ausgesetzt als ehrenamtliche (31%) Befragte. Zudem spielt das Alter der Landrät*innen und (Ober)Bürgermeister*innen eine Rolle. Befragte bis 40 Jahren erfahren mit 43% häufiger Anfeindungen als Befragte über 40 Jahre (37%).

Die Wahrnehmung von Anfeindungen variiert je nach Amtszeitdauer. Amtsträger*innen, die seit mehr als 20 Jahren im Amt sind, nehmen weniger Anfeindungen wahr (26%) als ihre Kolleg*innen mit kürzerer Amtszeit (0–10 Jahre: 36%, 11–20 Jahre: 38%). In den ersten 10 Jahren im Amt berichten fast drei Viertel der Befragten von verbalen oder schriftlichen Anfeindungen (74%) und 24% von Hassbotschaften im Internet. Bei Amtsträger*innen mit einer Amtszeit von 11–20 Jahren sinkt der Anteil der verbalen/schriftlichen Anfeindungen auf 65%, während der Anteil der Hasspostings auf 33% steigt. Langjährige Amtsträger*innen (über 20 Jahre) erleben einen höheren Anteil an verbalen/schriftlichen Anfeindungen (88%) und eine geringere Häufigkeit von Hasspostings (12%). Bei den tätlichen Übergriffen lassen sich kaum Unterschiede zwischen den übrigen Amtsinhaber*innen erkennen (0–10 Jahre: 2%, 11–20 Jahre: 2%, über 20 Jahre: 0%).

Bei der Betrachtung der geographischen Lage zeigt sich, dass Anfeindungen in städtischen Regionen (mit über 20.000 Einwohner*innen) signifikant häufiger vorkommen als in ländlicheren Gegenden mit weniger Einwohner*innen (45% – 36%).

Eine genauere Untersuchung der „Tatorte“ zeigt klare Unterschiede zwischen den Arten der Anfeindungen sowie dem Geschlecht der Betroffenen. Verbale und schriftliche Anfeindungen sowie Hasspostings treten in verschiedenen Kommunikations-

kanälen auf. Während Hasspostings ausschließlich in den sozialen Netzwerken stattfanden, wurden im Rahmen verbaler und schriftlicher Anfeindungen Vorfälle per Mail (22%), in den sozialen Netzwerken (20%) und per Brief (16%) am häufigsten genannt. Es wird jedoch auch von verbalen und schriftlichen Anfeindungen auf öffentlichen Veranstaltungen (11%), auf offener Straße (10%), am Arbeitsplatz (9%), per Anruf (7%), in der Freizeit (3%) und zu Hause (2%) berichtet. Tätliche Übergriffe hingegen fanden zu Hause (56%), am Arbeitsplatz (33%) und auf der Straße (11%) statt. Mit Blick auf das Geschlecht ergeben sich im Rahmen verbaler und schriftlicher Anfeindungen sowie Hasspostings keine auffälligen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Amtspersonen. Allerdings waren im Rahmen von tätlichen Übergriffen überwiegend Männer betroffen, was mehrheitlich „zu Hause“ erlebt wurde.

Hinsichtlich der vermuteten Motivation hinter dem zuletzt erlebten Vorfall wurde die Anfeindung von den Befragten weniger als konkret politisch oder religiös motiviert verortet (19%), sondern überwiegend der persönlichen Haltung des Täters/der Täterin (81%) zugeschrieben: Bei der näheren Betrachtung der persönlichen Haltung der Täter*innen gaben die Betroffenen an, dass vor allem persönliche Unzufriedenheit bzw. Frustration der Bürger*innen (30%) der Auslöser für die Taten war. Auch Unzufrieden-

heit mit kommunalen Entscheidungen und Abläufen (21%), Egoismus (17%), mangelndes Wissen über politische Prozesse (16%) und Intoleranz (16%) wurden häufiger genannt. Mit Blick auf eine konkrete politische oder religiöse Motivation wurden die Vorfälle durch parteipolitische Gegner (37%), als politisch rechtsmotiviert (36%), als radikale Position zu einem Thema/aus einer soz. Bewegung heraus (14%), politisch linksmotiviert (11%) sowie religiös motiviert (2%) verortet.

Umgang mit den Anfeindungen

Bei genauerer Analyse der betroffenen Amtsträger*innen zeigt sich, dass unterschiedliche Handlungsstrategien und Wahrnehmungen aus den begangenen Taten resultieren. Wie Abbildung 9 zeigt, variiert das Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden ebenfalls. Im Durchschnitt fühlen sich Betroffene eines tätlichen Übergriffes eher stark betroffen und bedroht. Verbale und schriftliche Anfeindungen sowie Hasspostings im Internet sorgen im Durchschnitt eher für ein neutrales Bedrohungsempfinden innerhalb der Teilnehmer*innengruppe. Von den zuständigen Sicherheitsbehörden fühlen sich die Betroffenen im Durchschnitt eher weniger stark geschützt. Dabei weisen Frauen, Personen im Ehrenamt, ältere Befragte über 40 Jahre sowie Amtspersonen in ländlichen Regionen weiterhin ein signifikant höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden

Einschätzung Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden

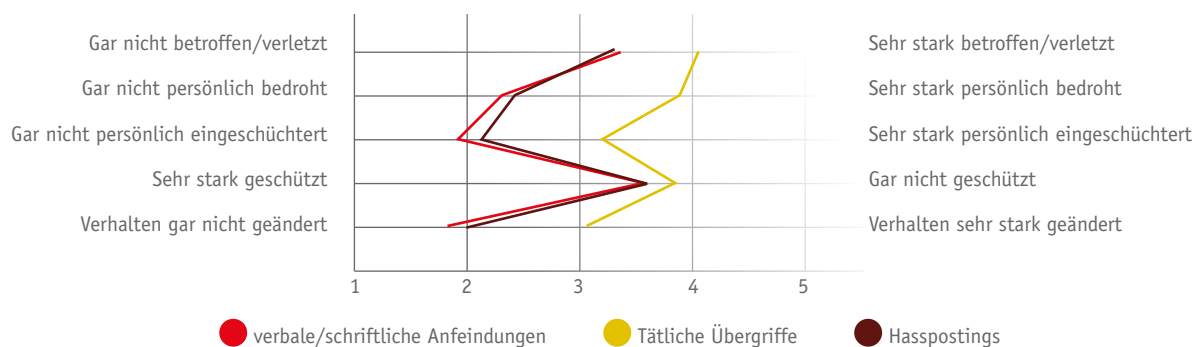


Abbildung 9: Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden nach Anfeindungskategorien

auf als ihre Vergleichsgruppen (Männer, Personen im Hauptamt, jüngere Befragte bis 40 Jahre sowie Amtspersonen in städtischen Regionen).

Nur 11% der Befragten gaben an, ihren letzten Vorfall zur Anzeige gebracht zu haben. Weitere 9% meldeten den Vorfall anderweitig. Dabei ist die Anzeigebereitschaft von Männern signifikant höher im Vergleich zu Frauen: Lediglich 3% der weiblichen Amtsträgerinnen erstatteten eine Anzeige, während es bei den männlichen Kollegen 6% waren. Abgesehen von einer Anzeige wurden die meisten Vorfälle im letzten Erfassungszeitraum ignoriert (25%), während 18% das Gespräch mit dem bzw. der Täter*in suchten. 15% suchten Unterstützung bei Familie oder Freunden und 13% bei Parteifreund*innen oder Kolleg*innen. Des Weiteren wurden die Vorfälle anderweitig gemeldet (9%), erfasst und gesammelt (7%) sowie Unterstützung bei einer Beratungsstelle gesucht (2%).

Zudem berichten fast zwei Drittel der Betroffenen (64%), ihr Verhalten aufgrund der erlebten Vorfälle verändert zu haben. Die Befragten sind unter anderem gegenüber ihrer Umgebung misstrauischer geworden (46%), äußern sich zu bestimmten Themen seltener (24%), verzichten auf die Nutzung von sozialen Medien (17%) oder meiden bestimmte Orte und Veranstaltungen (13%).

Ausblick

Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen – analog und digital – gehören für viele Amtsträger*innen auf kommunaler Ebene (immer noch) zum Amtsalltag. Laut der aktuellen Frühjahrsbefragung '23 waren 38% der Befragten in den letzten sechs Monaten von Anfeindungen betroffen. Im Verlauf des Monitorings betrachtet, pendelt sich dahingehend das beobachtete Anfeindungsgeschehen (6-Monats-Prävalenz) auf den Bereich zwischen 35% – 40% ein. Demnach war im Schnitt mehr als jede dritte befragte Amtsperson von Hass, Hetze oder gar tät-

lichen Übergriffen in den letzten zweieinhalb Jahren betroffen. Dieser Wert zeigt einen bedenklichen Zustand für das demokratische und respektvolle Miteinander in deutschen Kommunen und lässt weiteren Handlungsbedarf offenkundig werden: Zum einen wird KoMo weiterhin das aktuelle Anfeindungsgeschehen fortlaufend beobachten – auch um weitere Sensibilisierung für diese Thematik zu generieren und damit sich Betroffene auch in Zukunft gehört fühlen. Zum anderen befindet sich als Reaktion auf den angekündigten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus (hier: Maßnahme 9) des Bundesministeriums des Innern und für Heimat derzeit eine bundeszentrale Ansprechstelle für (nicht-) betroffene Amts- und Mandatsträger*innen im Aufbau. Diese wird im 1. Quartal 2024 ihren Betrieb aufnehmen und soll als Lotsen- bzw. Koordinierungsstelle fungieren, Auskunftssuchenden bedarfsgerechte und schnelle Orientierung bieten sowie Akteur*innen in diesem Bereich vernetzen und Informationsflüsse sicherstellen. KoMo steht in engem Kontakt mit der Ansprechstelle und wird sich auch in Zukunft auf Grundlage Ihrer Rückmeldungen, Anregungen sowie Handlungsbedarfe im Rahmen der regelmäßigen Befragungen für weitere Präventionsmaßnahmen zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger*innen einbringen.

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

studio halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

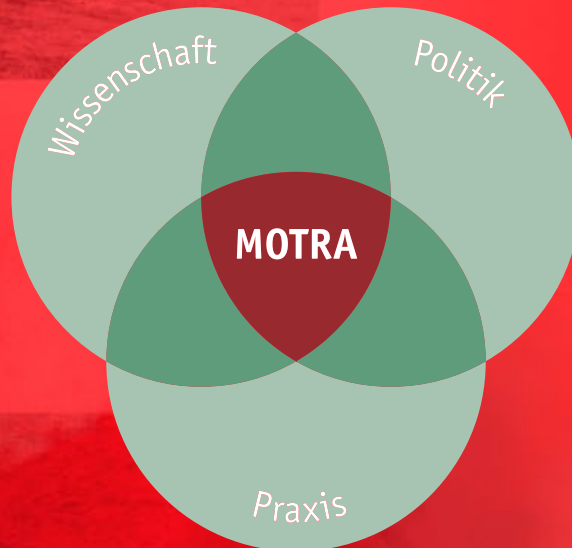
Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau: kommunalmonitor@bka.bund.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

 motra@bka.bund.de
 www.motra.info
 twitter.com/MOTRAVERBUND

